



Jahres-
bericht
2018

Inhalt

1 – Ziele des Netzwerks FUTURE	2
2 – Funktionsweise des Netzwerks FUTURE	3
3 – Politikerteam FUTURE	4
4 – Qualitative Bilanz: drei Schwerpunkte im Jahr 2018	6
5 – Quantitative Bilanz: die Aktivitäten des Netzwerks FUTURE in Zahlen	7

1

Ziele des Netzwerks FUTURE

Seit seiner Gründung im Jahr 2001 pflegt das Netzwerk FUTURE den beständigen Dialog zwischen den Schweizer Hochschulen und Forschungsinstitutionen und den Akteuren in der Bundespolitik (Bundesrat, Bundesverwaltung, Parlament und andere politische Organe aus Bildung und Forschung). Das Hauptziel des Netzwerks FUTURE besteht darin, Bildung, Forschung und Innovation (BFI) als nationale Priorität zu stärken. Infolgedessen setzt sich das Netzwerk FUTURE mit seinen Aktivitäten für eine stabile und nachhaltige Investitionspolitik im BFI-Bereich sowie für gute Rahmenbedingungen ein, die das ausgezeichnete Niveau der Schweizer Hochschulen und Forschungsinstitutionen garantieren. Mit dem Austausch im Rahmen des Netzwerks FUTURE nehmen die Trägerorganisationen ihren Auftrag zur Selbstkoordination wahr, der in Artikel 40 des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG) festgehalten ist.

Funktionsweise des Netzwerks FUTURE

TRÄGER

Akademien der Wissenschaften Schweiz

ETH-Rat

Schweizerischer Nationalfonds

swissuniversities

HOCHSCHULEN UND FORSCHUNGSINSTITUTIONEN



future

wissenschaft & politik



POLITIKERTEAM

2 BDP

11 CVP

8 FDP

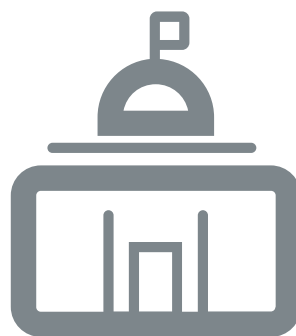
3 GLP

4 Grüne

11 SP

4 SVP

PARLAMENT



Das Netzwerk FUTURE befindet sich an der Schnittstelle zwischen der Politik und dem Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich).

— Das Netzwerk FUTURE wird von akademischen Partnern getragen, welche die Schweizer Hochschulen und Forschungsinstitutionen vertreten. Es sind dies die Rektorenkonferenz der Schweizerischen Hochschulen (swissuniversities), der Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Rat), der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) und die Akademien der Wissenschaften Schweiz. Die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse genoss im Berichtsjahr 2018 Gastrecht, mit dem Ziel, sich per 1. Januar 2019 den ordentlichen Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE anzuschliessen. Zusammen bilden die akademischen Partner den Ausschuss des Netzwerks, in welchem sie gemeinsame Positionen abstimmen.

— Im Weiteren besteht das Netzwerk FUTURE aus einem Politikerteam, dem rund 40 Parlamentarierinnen und Parlamentarier angehören. Diese National- und Ständeratsmitglieder decken das gesamte Parteien-Spektrum ab und kommen aus allen Regionen der Schweiz. Sie engagieren sich insbesondere in den parlamentarischen Kommissionen, die für den BFI-Bereich relevant sind. Im Bundesparlament geben die Mitglieder des Politikerteams FUTURE Anregungen für politische Aktionen im BFI-Bereich.

— Die Koordinatorin des Netzwerks FUTURE, Petra Studer, gewährleistet den Austausch an der Schnittstelle zwischen Ausschuss und Politikerteam. Dabei wird sie von der Geschäftsstelle des Netzwerks FUTURE unterstützt, welche von der Agentur VIRTÜ Public Affairs AG – mit Xavier Pilloud, Matthias Meier und Natacha Owen – geführt wird.

Politikerteam FUTURE

Das Politikerteam FUTURE wird seit Juni 2015 von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP, BE) präsiert und setzt sich zum Ende des Berichtsjahres aus den folgenden 42 Parlamentarierinnen und Parlamentarier zusammen:

Vorstand des Politikerteams

Name Vorname	Partei	WBK	WAK	FK	KVF	RK	GPK	SPK	APK	SGK	UREK	SIK
Wasserfallen Christian, NR	FDP											
Frehner Sebastian, NR	SVP											
Kälin Irène, NR	Grüne											
Maire Jacques-André, NR	SP											
Quadranti Rosmarie, NR	BDP											
Riklin Kathy, NR	CVP											
Weibel Thomas, NR	GLP											
Bischofberger Ivo, SR	CVP											
Fetz Anita, SR	SP											
Noser Ruedi, SR	FDP											

Nationalrat

Name Vorname	Partei	WBK	WAK	FK	KVF	RK	GPK	SPK	APK	SGK	UREK	SIK
Aebischer Matthias	SP											
Amaudruz Céline	SVP											
Barazzone Guillaume	CVP											
Bendahan Samuel	SP											
Bulliard-Marbach Christine	CVP											
Carobbio Guscetti Marina	SP											
De Buman Dominique	CVP											
Derder Fathi	FDP											
Eymann Christoph	FDP											
Feller Olivier	FDP											
Glättli Balthasar	Grüne											
Gmür-Schönenberger Andrea	CVP											

Fortsetzung auf Seite 5

WBK: Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur
 WAK: Kommission für Wirtschaft und Abgaben
 FK: Finanzkommission
 KVF: Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
 RK: Kommission für Rechtsfragen
 GPK: Geschäftsprüfungskommission

SPK: Staatspolitische Kommission
 APK: Aussenpolitische Kommission
 SGK: Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
 UREK: Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie
 SIK: Sicherheitspolitische Kommission

Name Vorname	Partei	WBK	WAK	FK	KVF	RK	GPK	SPK	APK	SGK	UREK	SIK
Graf Maya	Grüne											
Hadorn Philipp	SP											
Hess Lorenz	BDP											
Kiener Nellen Margret	SP											
Kutter Philipp	CVP											
Marchand-Balet Géraldine	CVP											
Markwalder Christa	FDP											
Moser Tiana Angelina	GLP											
Munz Martina	SP											
Müri Felix	SVP											
Reynard Mathias	SP											
Rime Jean-François	SVP											
Rytz Regula	Grüne											
Schneider-Schneiter Elisabeth	CVP											
Schneider Schüttel Ursula	SP											


Ständerat

Name Vorname	Partei	WBK	WAK	FK	KVF	RK	GPK	SPK	APK	SGK	UREK	SIK
Abate Fabio	FDP											
Eder Joachim	FDP											
Savary Géraldine	SP											
Seydoux-Christe Anne	CVP											
Vonlanthen Beat	CVP											

Im Jahr 2018 ergänzten vier neue Mitglieder das Politikerteam FUTURE; ein Mitglied trat im Berichtsjahr zurück. Im Februar 2018 trat Nationalrätin Irène Kälin (Grüne, AG) dem Vorstand des Politikerteams als Vertreterin der Grünen Fraktion bei. Sie ist Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur der grossen Kammer (WBK-N). Im Laufe des Sommers traten die beiden Nationalräte Guillaume Barazzone (CVP, GE) und Philipp Kutter (CVP, ZH) dem Politikerteam bei. Seit Dezember 2018 kann das Politikerteam ausserdem auf die Unterstützung von Nati-

onalrätin Ursula Schneider-Schüttel (SP, FR) zählen. Nationalrätin Chantal Galladé (SP, ZH) zog sich Ende 2018 aus dem Nationalrat zurück und schied damit auch aus dem Politikerteam des Netzwerks FUTURE aus.

Das Netzwerk FUTURE pflegt regelmässige Kontakte mit den Mitgliedern des Politikerteams und sensibilisiert laufend weitere Parlamentsmitglieder, die sich für BFI-Politik interessieren, um das Team zu ergänzen.



«Wenn es eine Politik gibt,
die der ganzen Bevölkerung dient,
dann ist es die Bildungspolitik.»

Nationalrat Jacques-André Maire,
Editorial FUTURE Newsletter,
28.5.2018

Qualitative Bilanz: drei Schwerpunkte im Jahr 2018

Im Jahr 2018 befasste sich das Netzwerk FUTURE mit verschiedenen Schwerpunkten. Einerseits beschäftigten sich die BFI-Akteure im Rahmen des Voranschlags für das Jahr 2019 mit finanzpolitischen Fragen. Die Finanzplanung des Bundesrates fiel erneut tiefer aus als dies das Parlament im Herbst 2016 mit den Bundesbeschlüssen zur BFI-Botschaft 2017–2020 entschieden hatte. In der internationalen Perspektive stellte die Volksabstimmung zur Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» (sogenannte Selbstbestimmungsinitiative) eine Herausforderung dar: Eine Annahme des Volksbegehrens am 25. November 2018 hätte für den Wissensplatz Schweiz grosse Rechtsunsicherheiten zur Folge gehabt und die Beteiligung an den europäischen Forschungsprogrammen gefährdet. Und schliesslich befasste sich das Parlament im Rahmen der Revision des Urheberrechtsgesetzes mitunter mit neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen, welche die Nutzung wissenschaftlicher Information im digitalen Zeitalter vereinfachen.

Im Folgenden werden die Aktivitäten des Netzwerks FUTURE in den zentralen Themenbereichen zusammengefasst, die das Jahr 2018 prägten.

Voranschlag 2019:

Kompromiss zwischen Finanzplanung und BFI- Botschaft

In der Wintersession 2018 stockten National- und Ständerat die finanziellen Mittel für Bildung, Forschung und Innovation im Rahmen des Voranschlags für das Jahr 2019 um insgesamt 101 Millionen Franken auf. Zuvor hatte der Bundesrat die BFI-Kredite in seinem Budget-Entwurf für das Jahr 2019 um 165 Millionen Franken tiefer angesetzt als das Parlament dies in den Bundesbeschlüssen zur BFI-Botschaft 2017–2020 entschieden hatte. Der Bundesrat hatte diese Kürzungen der finanziellen Mittel bereits im Jahr 2017 mit der Finanzplanung für die drei Jahre 2018, 2019 und 2020 vorgesehen. Mit den Korrekturen im Voranschlag 2019 ermöglichte das Parlament schliesslich einen Kompromiss zwischen dem finanziellen Rahmen der BFI-Botschaft und der Finanzplanung des Bundesrates. Dank diesem Beschluss des Parlaments können die Hochschulen, die Akteure der Forschungs- und Innovationsförderung sowie der Berufsbildung und der Weiterbildung ihre geplanten Massnahmen umsetzen, um die ambitionierten Ziele der BFI-Botschaft 2017–2020 zu erreichen.

Die Anpassungen im bundesrätlichen Budgetentwurf nahm das Parlament gezielt in verschiedenen Förderbereichen vor. Die finanziellen Mittel für den ETH-Bereich wurden um 30 Millionen Franken aufgestockt. Die Grundbeiträge an die kantonalen Universitäten erhöhten die eidgenössischen Räte um 15 Millionen Franken, diejenigen an die Fachhochschulen um 11,4 Millionen. Gegenüber dem Entwurf des Bundesrates stockten die Räte die finanziellen Mittel für den Schweizerischen Nationalfonds um 21,8 Millionen Franken auf. Die Kredite für die Berufsbildung wurden insgesamt um 19 Millionen Franken erhöht. Ausserdem korrigierte das Parlament die Finanzierung der Ausbildungsbeiträge um 0,8 Millionen, der Weiterbildung um 0,2 Millionen und diejenige der Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung um 3 Millionen Franken.

«Nur wer heute taktgebend in seine Bildungsstätten und Forschungszentren investiert, kann auch morgen noch an der Spitze des globalen Wettbewerbs mitspielen.»



Die Diskrepanz zwischen Voranschlag und Bundesbeschlüssen der BFI-Botschaft aufzeigen

Wie schon im Vorjahr informierte das Netzwerk FUTURE die Parlamentarierinnen und Parlamentarier frühzeitig über die Differenz zwischen der Mehrjahresplanung im Rahmen der BFI-Botschaft 2017-2020 und der finanziellen Planung des Bundesrates für das Jahr 2019. Es begleitete den parlamentarischen Prozess mit dem Ziel, die Diskrepanz zwischen der BFI-Botschaft und dem Voranschlag 2019 zu verringern und damit die drohende Stagnation der Investitionen in den Wissensplatz Schweiz zu verhindern. Das Netzwerk FUTURE hat:

- Kontakte mit den Mitgliedern des Politikerteams gepflegt und diese frühzeitig über die finanzielle Planung des Bundesrates für das Jahr 2019 informiert. Im Austausch mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern wurde die Diskrepanz zwischen den Bundesbeschlüssen der BFI-Botschaft 2017-2020 und den Krediten im Voranschlag 2019 aufgezeigt.
- kurz nach der Publikation des Budgetentwurfs am 30. August 2018 die in den einzelnen Förderbereichen eingeplanten Mittel in einer Finanztabelle aufgeführt. Mit Unterstützung der akademischen Partner berechnete die Geschäftsstelle die Differenzen zwischen dem Voranschlag 2019 und den Bundesbeschlüssen für das Jahr 2019, welche das Parlament im Rahmen der BFI-Botschaft 2017-2020 verabschiedet hatte.
- zuhauenden der Mitglieder des Politikerteams ein Fact-Sheet erarbeitet, in dem die Fakten zu den Kürzungen der finanziellen Mittel in den einzelnen Förderbereichen im Vergleich

zur BFI-Botschaft 2017-2020 dargelegt wurden. In dieser gemeinsamen Positionierung zeigten die Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE auf, inwiefern die gekürzten Kredite die strategischen Ziele der BFI-Botschaft 2017-2020 gefährden.

- die Mitglieder der Finanzkommissionen (FK) der beiden Räte informiert, welche Änderungsanträge zum Voranschlag 2019 einbringen wollten.
- die Parlamentarierinnen und Parlamentarier im FUTURE Newsletter für die Herbstsession 2018 über die finanzielle Ausgangslage im BFI-Bereich informiert.
- in der Wintersession 2018 mit dem FUTURE Newsletter über die Minderheits- und Mehrheitsanträge der FK von National- und Ständerat informiert. Im Newsletter waren zudem Abstimmungsempfehlungen zum Voranschlag 2019 aufgeführt.
- im Vorfeld der Beratung in den Ratsplen Verbündete aus der Wirtschaft und den Kantonen gesucht, die in ihren Kreisen über die Differenzen zwischen BFI-Botschaft 2017-2020 und Voranschlag 2019 informierten.

Es ist davon auszugehen, dass die vom Bundesrat im Jahr 2017 für die drei Folgejahre vollzogenen Sparmassnahmen auch im Voranschlag 2020 wieder zu Diskrepanzen zu den Bundesbeschlüssen in der BFI-Botschaft 2017-2020 führen werden.

«Die Ausgaben für Bildung und Forschung sind weniger als Kosten zu betrachten, sondern vielmehr als Investitionen in die zukünftigen Generationen; denn wie Sie wissen werden diese unter anderem unsere Renten finanzieren. Denken Sie wirklich, dass es sich lohnt, in diesem Sektor zu sparen? »»

Selbstbestimmungsinitiative:

Ein koordiniertes Engagement

Am 25. November 2018 lehnten die Schweizer Stimmbevölkerung und die Stände die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» (sogenannte Selbstbestimmungsinitiative) mit 66,2% Nein-Stimmen-Anteil deutlich ab. Ziel der Initiative war es, in der Bundesverfassung festzuschreiben, dass Schweizer Recht Vorrang hat gegenüber dem Völkerrecht. Eine Annahme der Abstimmungsvorlage hätte zur Folge gehabt, dass die Schweiz zahlreiche völkerrechtliche Verträge, die der Verfassung widersprechen, hätte kündigen oder neu verhandeln müssen – so auch gewisse bilaterale Verträge mit der Europäischen Union. Ein Ja zur Selbstbestimmungsinitiative hätte grosse Rechtsunsicherheiten mit sich gebracht, wovon auch der BFI-Standort Schweiz negativ betroffen gewesen wäre. Nicht zuletzt hätte eine Annahme der Initiative die weitere Schweizer Beteiligung an den europäischen Forschungsprogrammen gefährdet.

Aus diesem Grund informierten zahlreiche Akteure aus Hochschulen und von Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung im Vorfeld der Abstimmung vom 25. November 2018 über die Konsequenzen einer Annahme dieser Volksinitiative. Diese Exponentinnen und Exponenten engagierten sich beispielsweise in den Medien, auf institutionseigenen Kommunikationskanälen oder sozialen Netzwerken sowie in öffentlichen Diskussionen. Sie legten die Argumente dar, welche aus Sicht der BFI-Akteure gegen die Selbstbestimmungsinitiative sprachen. Das Netzwerk FUTURE unterstützte diese Massnahmen und nahm bei der Erarbeitung der Argumente eine koordinierende Rolle wahr.



Den Argumenten von Bildung, Forschung und Innovation Gehör verschaffen

Dem Engagement der akademischen Partner des Netzwerks FUTURE im Abstimmungskampf zur Selbstbestimmungsinitiative ging eine Auseinandersetzung mit der Frage voraus, wie die BFI-Akteure in öffentlichen politischen Diskursen ihren Anliegen Gehör verschaffen können. In bilateralen Treffen und mehreren Workshops begleiteten die Koordinatorin und die Geschäftsstelle des Netzwerks FUTURE den Austausch von Erfahrungen und Best Practices für die politische Kommunikation. Dass die Argumente der BFI-Akteure in den öffentlichen Diskurs über die Selbstbestimmungsinitiative einfließen konnten, ist mitunter das Resultat dieser mehrjährigen Sensibilisierungsarbeit. Im Jahr 2018 hat das Netzwerk FUTURE:

- mit den BFI-Akteuren einen regelmässigen Austausch über den politischen Kontext der Selbstbestimmungsinitiative gepflegt sowie über den Zeitplan der Abstimmung informiert. Die Koordinatorin und die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle begleiteten die Erarbeitung von Argumenten und Massnahmen für öffentliche Positionierungen. Als besonders wertvoll erwies sich die Mitarbeit in der «Arbeitsgruppe Issue Management», welche im Auftrag von swissuniversities das Ziel verfolgt, die Kommunikation zu hochschulpolitischen Themen zwischen verschiedenen BFI-Partnern zu koordinieren.
- anfangs Juli in einem elektronischen Newsletter und auf der Website einen Meinungsbeitrag der Koordinatorin des Netzwerks FUTURE veröffentlicht. In diesem «Standpunkt» wurden die Gefahren der Selbstbestimmungsinitiative für den Wissens- und Forschungsplatz Schweiz verdeutlicht und die BFI-Akteure zu einem aktiven Engagement ermuntert.

«Für die UNIL und die anderen Schweizer Universitäten ist es essenziell, dass sie sich in den Netzwerken der internationalen Forschung behaupten können, um wettbewerbsfähig zu bleiben und um eine wissenschaftliche Ausbildung auf höchstem Niveau gewährleisten zu können.»

«Die Selbstbestimmungsinitiative würde die Rechtssicherheit infrage stellen. Es geht also auch um die Vertragswürdigkeit von Schweizer Institutionen. Unsicherheit schadet dem Forschungsstandort. Mit einem Ja der Schweizer Stimmbürger zur Selbstbestimmungsinitiative würde es für uns schwieriger.»

Prof. Dr. Michael O. Hengartner,
Präsident swissuniversities,
Der Landbote, 13.11.2018

- ein Argumentarium verfasst, das die Relevanz der Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» für den BFI-Standort Schweiz verdeutlichte. Das Dokument führte die wichtigsten Argumente aus, warum eine Annahme der Initiative dem Wissensplatz schaden kann.
- die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren koordiniert, um den Mobilisierungseffekt im Abstimmungskampf zu vergrössern. Dabei standen vor allem Studierendenverbände sowie die Träger der Kampagne gegen die Selbstbestimmungsinitiative im Zentrum.
- Ende Oktober 2018 mit einem zweiten Meinungsbeitrag auf die bevorstehende Abstimmung aufmerksam gemacht. In seinem «Standpunkt» verwies der Leiter der Geschäftsstelle FUTURE auf den Schaden, welche der Forschungsplatz Schweiz infolge der im Februar 2014 angenommenen «Initiative gegen Masseneinwanderung» erlitten hatte. Damit unterstrich er die grosse Bedeutung der internationalen Verankerung der Schweizer Wissenschaft und legte in diesem Kontext die Bedrohung durch die Selbstbestimmungsinitiative dar.

Die förderlichen Rahmenbedingungen des BFI-Standorts Schweiz werden auch in Zukunft wieder durch Volksbegehren herausgefordert sein. Mit Sorge blicken die Akteure auf die sogenannte «Begrenzungsinitiative», welche im Falle einer Annahme die Kündigung des bilateralen Abkommens über die Personenfreizügigkeit zur Folge hätte, sowie auf die Initiative für ein Verbot von Tier- und Menschenversuchen.

URG-Revision

Wichtiger Schritt für «Open Science»

Im Jahr 2018 kam die Revision des Urheberrechtsgesetzes (URG-Revision) in das Parlament. Unter anderem umfasst die Gesetzesrevision verschiedene neue Regelungen, welche im digitalen Zeitalter den Zugang zu wissenschaftlicher Information vereinfachen. Einerseits werden Schranken für die Wissenschaft gelockert, andererseits die Rechte von Archiven und Bibliotheken für die Vermittlung von bestimmten Inhalten erweitert. So sollen künftig wissenschaftliche Methoden des Text- und Datamining erlaubt sein. Archive und Bibliotheken sollen ausserdem künftig in ihren Verzeichnissen die wichtigsten Informationen ihrer Bestände zugänglich machen dürfen. Diese Anpassungen des Schweizer URG sind wichtige Schritte auf dem Weg hin zu einer offenen Wissenschaft («Open Science»). Der Nationalrat behandelte die URG-Revision in der Wintersession 2018 und stimmte diesen Neuerungen zu. Der Ständerat wird sich im Jahr 2019 mit der Gesetzesrevision befassen.



Unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht für die Umsetzung der nationalen Open-Access-Strategie gefordert

Im Zuge der URG-Revision sahen die Schweizer Hochschulen und Forschungsinstitutionen weiteren Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der Umsetzung der nationalen Open-Access-Strategie. Ziel der Strategie ist es, bis im Jahr 2024 alle mit öffentlichen Mitteln geförderten Forschungsergebnisse ungehindert und kostenlos einsehbar zu machen. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, fordern die BFI-Akteure, dass das Recht der Forschenden auf eine zweite Publikation ihrer Werke nach der ersten Publikation bei

«Die URG–Revision bietet
Gelegenheit, für öffentlich
finanzierte Forschung ein
Zweitveröffentlichungsrecht
im Obligationenrecht
zu verankern.»

einem Verlag durchgesetzt werden kann. In Hearings schlugen Vertreterinnen und Vertreter verschiedener FUTURE-Trägerorganisationen den Mitgliedern der einen Mitbericht verfassenden Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur der grossen Kammer (WBK-N) vor, im Zuge der URG-Revision ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht mittels einer Anpassung des Obligationenrechts umzusetzen. Mittels schriftlicher Eingaben wurde die Bedeutung eines Zweitveröffentlichungsrechts auch der federführenden Rechtskommission (RK-N) erläutert. Das Anliegen der BFI-Akteure wurde im Nationalrat jedoch nicht aufgenommen. Das Netzwerk FUTURE hat:

- die Positionierung und die Koordination der Argumente mit verschiedenen Akteuren der Hochschulen, Forschungs- und Innovationsförderung sowie der Bibliotheken unterstützt. Die Koordinatorin und die Geschäftsstelle informierten die Partner laufend über den Zeitplan für die Behandlung der URG-Revision.
- im Frühling 2018 ein Fact-Sheet erarbeitet, in dem die gemeinsame Positionierung der BFI-Akteure zur URG-Revision zuhanden der Mitglieder der zuständigen Kommissionen (WBK und RK) aufbereitet wurde. Im Dokument wurden die verschiedenen für die Wissenschaft relevanten Neuerungen des Urheberrechtsgesetzes aufgenommen. Ausserdem wurde der Bedarf für ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht im Kontext der nationalen Open-Access-Strategie erläutert.
- verschiedene Trägerorganisationen im Vorfeld der Hearings und der Eingaben zuhanden der Kommissionen im Frühling 2018 unterstützt. Der Schwerpunkt lag auf der Koordination von Argumenten und Positionen der eingeladenen Organisationen.

- die Mitglieder des Parlaments über verschiedene Kanäle über das Thema Open Access und die nationale Open-Access-Strategie informiert. Sowohl in der Frühjahrssession als auch in der Sommersession 2018 waren die Highlight-Artikel des FUTURE Newsletters der Thematik gewidmet. Im April erschien im elektronischen Newsmail und auf der Website zudem ein Meinungsbeitrag des Präsidenten des Nationalen Forschungsrats des SNF, welcher auf die Chancen für Open Access im Rahmen der URG-Revision verwies.
- den direkten Dialog mit Mitgliedern des Politikerteams FUTURE und weiteren Mitgliedern der WBK-N und der RK-N gesucht.
- Es wurde in der RK-N kein Antrag für die Durchsetzung des Zweitveröffentlichungsrechts eingereicht.

Der Ständerat befasst sich im Laufe des Jahres 2019 mit der URG-Revision. Die Umsetzung der nationalen Open-Access-Strategie und der Bedarf nach einem unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrecht werden die BFI-Akteure auch in den kommenden Jahren beschäftigen.

Quantitative Bilanz: die Aktivitäten des Netzwerks FUTURE in Zahlen

Publishing

Zusätzlich zu den in der qualitativen Bilanz präsentierten Dokumenten hat das Netzwerk FUTURE im Jahr 2018 folgende Publikationen verfasst und herausgegeben:

- 4 Print-Newsletter, von je drei Seiten, mit je einem Editorial, Artikeln über aktuelle Themen aus dem BFI-Bereich (teilweise mit Grafiken illustriert) sowie Kurznachrichten.
- 10 elektronische Newsmails, mit je einer Infografik und/oder einem Meinungsbeitrag, den Nachrichten des Monats sowie einer Agenda.
- 4 Sessionsprogramme in elektronischer Form, mit den Terminen der für den BFI-Bereich relevanten parlamentarischen Geschäfte, die in den eidgenössischen Räten beraten wurden.

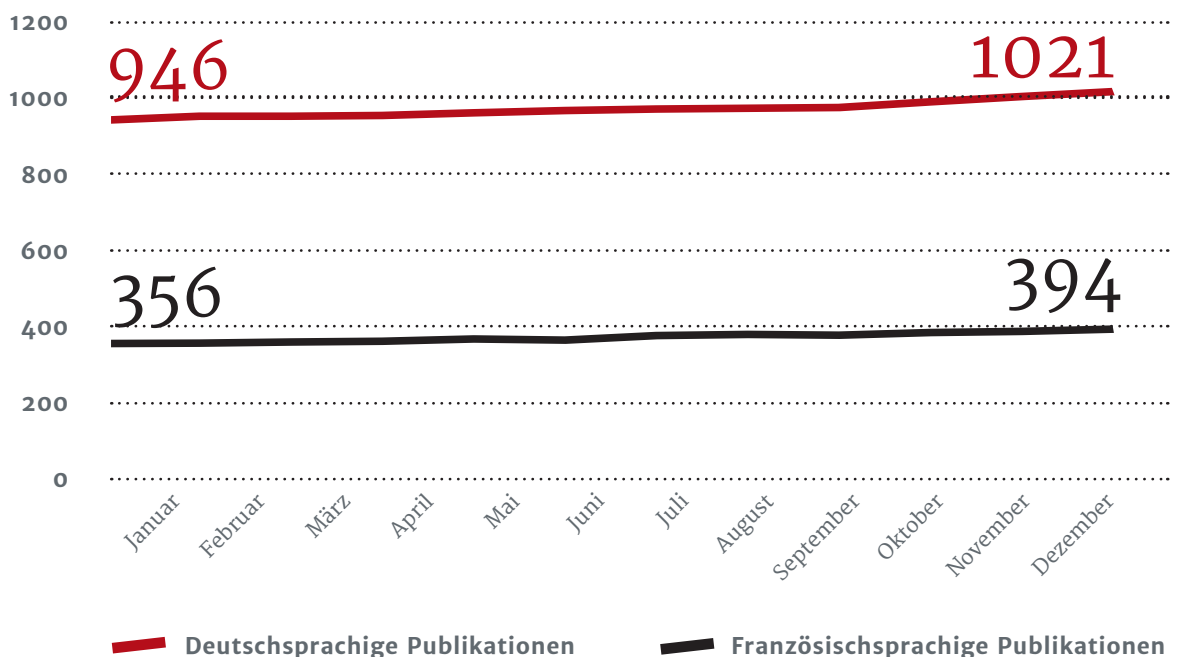
- 4 Sessionsberichte in elektronischer Form, mit Zusammenfassungen der Entwicklungen in den Geschäften, die für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation relevant sind, sowie Übersichten über neu eingereichte und vom Bundesrat beantwortete Vorstösse.

Alle Publikationen sind in deutscher und französischer Sprache verfügbar.

Per 31. Dezember 2018 hatten 1'415 Personen die elektronischen Publikationen des Netzwerks FUTURE abonniert – 1'021 in deutscher und 394 in französischer Sprache. Die Zahl der Abonnentinnen und Abonnenten stieg im Laufe des Jahres 2018 weiterhin an.

Die einmalige Öffnungsrate der elektronischen Publikationen des Netzwerks FUTURE lag im Jahr 2018 durchschnittlich bei 41,5%. Die allgemein als zufriedenstellend anerkannte Rate liegt bei 30%.

Entwicklung der Abonnentenzahlen der Publikationen des Netzwerks FUTURE im 2018



Monitoring und Webpublishing

Das Netzwerk FUTURE überwacht die tägliche Berichterstattung im Bereich Bildung, Forschung und Innovation. Im 2018 wurden insgesamt in 92 News-Beiträgen über Aktualitäten informiert. Sämtliche News wurden von der Geschäftsstelle in Deutsch und Französisch verfasst und online publiziert. Die Anzahl der News-Beiträge bewegte sich im Jahr 2018 auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr.

Diese Aktualitäten werden laufend auf der Webseite des Netzwerks FUTURE (www.netzwerk-future.ch) publiziert. Im Jahr 2018 wurde die Webseite von insgesamt rund 3'000 verschiedenen Nutzerinnen und Nutzern aufgerufen. Diese Zahl ist tiefer als noch in den Vorjahren: Im Jahr 2017 wurden rund 5'000 verschiedene Besucherinnen und Besucher registriert, im 2016 lag die Zahl bei 6'000 Besuchenden. Der Rückgang ist vermutlich auf eine geringere Aktivität auf der Webseite während den Frühlings- und Sommermonaten 2018 zurückzuführen, da weniger brisante Themen die im BFI-Bereich involvierten Akteure beschäftigten (im Vergleich zum Jahr 2016, wo die BFI-Botschaft im Parlament behandelt wurde und man aufgrund der Umsetzung von Art.121a BV um eine Assoziierung an Horizon 2020 bangen musste). Wie in den vorhergehenden Jahren besuchten die Nutzerinnen und Nutzer pro Besuch durchschnittlich drei verschiedene Seiten.

Die aktuellen politischen Geschäfte werden zudem in einer Monitoring-Liste im Excel-Format zusammengetragen. Diese Liste wird jeden Monat aktualisiert. Sie ist auf der Webseite des Netzwerks FUTURE verfügbar und bietet ein Gesamtbild der für den BFI-Bereich relevanten parlamentarischen Themen. Im Jahr 2018 konzentrierte das Netzwerk FUTURE sein Monitoring auf die folgenden Themenkreise:

- Voranschlag 2019,
- Selbstbestimmungsinitiative,
- Revision des Urheberrechtsgesetzes (URG-Revision),
- Digitalisierung,

- Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG),
- verschiedene finanzpolitische Vorstösse,
- Artikel im Betäubungsmittelgesetz für Pilotversuche mit Cannabis,
- sowie diverse Vorstösse aus den eidgenössischen Räten, die Anliegen im BFI-Bereich thematisierten.

Sitzungen

Der Ausschuss des Netzwerks FUTURE traf sich im Laufe des Jahres 2018 anlässlich von 5 Sitzungen:

- am 5. März,
- am 23. Mai,
- am 4. Juli,
- am 23. August
- und am 31. Oktober.

Die Mitglieder des FUTURE-Ausschusses tauschten sich zudem am 12. November 2018 im Rahmen eines Runden BFI-Tischs mit Vertreterinnen und Vertretern der Organisationen der Berufsbildung sowie der Weiterbildung aus. Ziel der Sitzung war die Diskussion von möglichen gemeinsamen Themenbereichen, die im Hinblick auf die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024 zuhanden des Bundesrates bekräftigt werden könnten.

Ausserdem tauschte sich die Koordinatorin und die Geschäftsstelle des Netzwerks FUTURE im Jahr 2018 mit verschiedenen weiteren Akteuren aus dem BFI-Bereich sowie mit Partnerorganisationen aus. Dazu zählen unter anderem Vertreterinnen und Vertreter des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) sowie von weiteren Bundesdepartementen, der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS), Vertreterinnen und Vertreter von Kantonen, Wirtschaftsverbänden und weiteren Interessengruppen sowie auch Parteisekretärinnen und Parteisekretäre. Darüber hinaus pflegte die Koordinatorin einen permanenten Austausch mit SwissCore sowie der Schweizer Mission in Brüssel (Teilnahme an Delegationstreffen in Brüssel und Sitzungen in Bern).

«Die
Internationalisierung
im Schweizer BFI-Bereich hat
Tradition. Internationale Zusammen-
arbeit und Teilnahme am internationalen
Wettbewerb [...] war ein während der
letzten zwei Jahrhunderte praktiziertes
Erfolgsrezept. Es ist von entscheidender
Bedeutung für unseren Wohlstand,
sich auch künftig daran
zu halten.»



Impressum

© Netzwerk FUTURE 2019

Münstergasse 64/66

3011 Bern

T 031 351 88 46

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

future

wissenschaft & politik